

# DE AMEISE

VERBANDSORGAN DER PORZELLAN- UND VERWANDTEN ARBEITER UND ARBEITERINNEN

IMMER ◦ STREBE ◦ ZUM ◦ GANZEN ◦ UND ◦ KANNST ◦ DU ◦ SELBER ◦ KEIN ◦ GANZES ◦ WERDEN  
ALS ◦ DIENENDES ◦ GLIED ◦ SCHLIESS ◦ AN ◦ EIN ◦ GANZES ◦ DICH ◦ AN

REDAKT. U. EXPED.: CHARLOTTENBURG, ROSINEN-STR. 3

PRIVAT-POSTABONNEMENT: PRO VIERTELJAHR 2 MARK

No. 41

Charlottenburg, Freitag, den 12. Oktober 1906

Jahrg. 33

## Sperrn.

**Vollsperrn in Deutschland:** Eisterwerda (Steingutfabrik). Friedrichshagen (Agnes Gladenbeck). Gräfenhal (Weiß, Kühnert & Co) für Maler. Lauf (Fritz Krug). Magdeburg (C. C. Carstens). Neuhalbensleben. (Deutsche Steingutfabrik vorm. Gebr. Hubbe). Sorau. Sörnewitz (Porzellanfabrik). Stozheim. Wunstedel. Berlin für Schildermaler.

**Halbsperrn in Deutschland:** Alexandrinental (Rechnagel). Bonn (Mehlem). Düsseldorf (Wortmann & Elbers, Emailkerwerk). Flörsheim a. Main. Freienorla. Gräfenroda (Heene-Heißner, Eckert & Menz). Ramenz i. Sachsen (Bogt). Königszell, Kranichfeld. Neustadt b. Coburg. Deslau. Passau. Rudolfsstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Schweidnitz. Sörnewitz (Steingutfabrik). Stanowitz. Tettau. Triptis.

**Sperrn in Oesterreich:** Brunn für Maler. Briesen bei Bilin (Nessler & Co.). Fünfkirchen. Gutendorf in Süd-Steiermark (Wessely & Co.). Jokes (Porzellanfabrik). Loboje bei Gilt in Steiermark (Schütz). Klösterle. Oberlaa bei Wien (Pilar). Tichy & Schönfeld in Bessau für Maler. — Ludwig Pröschold & Co., Porzellanfabriken in Dallwitz und Elbogen.

## Arbeitswillige und Justiz.

= In den Tageskämpfen der klassenbewußten Arbeiterschaft mit dem Unternehmertum spielt der Arbeitswillige eine Rolle, deren Bedeutung mit jedem Tage sichtbar in die Erscheinung tritt. Und dieser Umstand trägt viel dazu bei, die Kenntnis von dem eigentlichen Wesen dieser Menschen, ihren Handlungen und von der Stellung, die sie in der heutigen Gesellschaft einnehmen, in den Kreisen der Arbeiter zu verbreiten. Gerade die täglichen Vorkommnisse räumen gründlichst mit der Auffassung auf, daß man den Arbeitswilligen als einen Menschen betrachten darf, dessen Handlungen durch die Einschätzung der Person allein zu beurteilen sind. Dann würde jeder Arbeitswillige als solcher betrachtet, verurteilt und schnell abgetan werden können und seine eigentliche Bedeutung im Klassenkampfe wäre gleich Null. Aber der Arbeitswillige darf nicht als einzelne Person angesehen werden, man muß ihn als den Träger, zumindest aber als das Werkzeug einer zielbewußten Gegenströmung gegen die vorwärts drängende Arbeiterschaft betrachten. Und dann haben wir nicht mehr damit zu rechnen, unter welchen persönlichen Nebenumständen ein Mensch zum Arbeitswilligen wird, ob ihn die Not, der böse Wille oder zu große Dummheit zu seinem verräterischen Tun trieb, sondern dann haben wir den Arbeitswilligen unter Berücksichtigung seiner Stellung, die er mit seinen Genossen in der heutigen Gesellschaft einnimmt, ab zu schätzen. — Es ist doch sic, wenn die Arbeiterschaft einig, vollkommen einig sein würde, wäre es ihr ein Leichtes, ihren Forderungen gegen die heute gesellschaftlich Mächtigen Geltung zu verschaffen. Das würde dann nicht nur in Bezug auf die Tagesforderungen sondern auch hinsichtlich des Endziels der Bewegung der klassenbewußten Arbeiterschaft der Fall sein. Aber die Arbeiter sind nicht einig und ihre gefährlichsten Gegner entstehen ihnen aus den eigenen Reihen. Die täglichen Kleinkämpfe mit dem Unternehmertum zeigen es uns. Wir sehen ja dabei: Allein kann der Kapitalist als Fabrikant, Aktionär oder Arbeitgeber nicht die von den Streikenden liegende gelassene Arbeit verrichten. Und auch durch

die gelegentliche Arbeit der Betriebsbeamten ist auf keine dauernde Hilfe zu rechnen. Gelingt es also solchem Arbeitgeber, den Widerstand der Arbeiter zu brechen, dann kann das eben nur wieder durch Arbeiter möglich sein. Durch solche Arbeiterelemente, die aus irgend welchen Veranlassungen ihren kämpfenden Klassengenossen in den Rücken fallen, sich dem Unternehmer verkaufen und dadurch die Interessen ihrer Klasse verraten. So gewinnt denn im eigentlichen Sinne des Wortes nicht der Unternehmer den Kampf, sondern der Arbeitswillige. Er ist es, der dem vorwärts strebenden Drängen der klassenbewußten Arbeiterschaft einen Damm entgegen setzt, er hält den Fortschritt auf, er stärkt die Macht der Besitzenden, er verursacht die tumultuarischen Ausbrüche zwischen Polizei und Streikenden, er trägt Verzweiflung, Elend, Kummer und Schmerzen in die Reihen der kämpfenden Arbeiter. Er ist das einzige wirksame Mittel, das die Besitzenden gegen das steigende Verlangen der Nichtbesitzenden nach Macht und Recht in Anwendung bringen können. Und dies gibt dem Arbeitswilligen seine Bedeutung. Darum hebt man ihn von seinen der heute Herrschenden in eine bevorrechtete Stellung, gibt man ihm Rechte und Freiheiten, deren er als ehrlicher Arbeiter niemals ohne heftige Kämpfe teilhaftig werden würde.

In erster Linie schafft der Unternehmer dem Arbeitswilligen eine Ausnahmestellung. Wir zeigten ja, daß der Arbeitgeber vor allen Dingen an der Unterhaltung der Arbeitswilligen interessiert ist. Bricht ein Streik aus, so ist der erste Schritt des Unternehmers die Suche nach Arbeitswilligen. Hat er solche erhalten, so sucht er dieselben zu schützen. Nicht etwa vor den Gewalttätigkeiten der verratenen Arbeiter — das tut nicht not; denn die treffliche Disziplin der organisierten deutschen Arbeiter läßt im allgemeinen keine derartigen Unbesonnenheiten aufkommen — sondern vor den Aufklärungen der kämpfenden Klassengenossen. Um dies zu erreichen, bezahlt der Unternehmer einmal den Arbeitswilligen besser wie die entlassenen Arbeiter; er erleichtert die Arbeitsbedingungen und sorgt für jede denkbare körperliche Deckung der Arbeitswilligen gegenüber den streikenden Arbeitern. Das Letztere kann nun freilich der Unternehmer nicht aus eigenen Kräften tun und zu diesem Zwecke wendet er sich an die öffentliche Gewalt. Und der heutige Staat, der ja nur der Willensvollstrecker der Besitzenden ist, kommt mit allen seinen Einrichtungen dem Unternehmer zu Hilfe. Aber nicht nur der Staat allein ist dem Arbeitgeber gegenüber zu jedem Beistand erbötig, die Gemeinden sind von derselben Dienstbeflissenheit erfüllt. Und so sehen wir denn nicht nur die staatlichen Organe, sondern auch die der Gemeinden zu gunsten der Unternehmer in die wirtschaftlichen Kämpfe eingreifen. Weil dabei aber noch immer der Schein einer schwachen Unparteilichkeit gewahrt werden soll, „schützt“ man nicht den Unternehmer, sondern in erster Linie den Arbeitswilligen. In welcher Weise das geschieht, brauchen wir hier des Näheren nicht aus einander zu setzen. Die Tagesgeschichte ist überreich an Beispielen hierfür. „Schutz den Arbeitswilligen“ heißt ja im allgemeinen die Parole unter deren Innehaltung sich die nackteste Parteilichkeit der Behörden für die Besitzenden verbirgt. Und so ungeniert wird diese Parteilichkeit betätigt, daß nicht nur direkte Schutzgesetze für die Arbeitswilligen verlangt werden, sondern auch darin zeigt sich der heutige Klassenstaat in seiner abstoßenden Ungerechtigkeit, daß die Besitzenden ihre „Rechte“ nur durch größtmögliche Verletzung der Rechte Anderer und durch brutale Außerkräftsetzung der Gesetze wahren können. So ist denn der wirtschaftliche Kampf von zahllosen Rechtsverletzungen, Brutalitäten und Rechts-

unterdrückungen begleitet, die zeigen, daß in der heutigen Gesellschaft alles dem Willen der Besitzenden untergeordnet ist.

Aber, wird man fragen, wie ist das alles möglich? Haben wir nicht Gerichte, eine ausgebildete Rechtspflege, hunderte von Staatsanwälten, Richtern und anderen Gerichtsbeamten, die sorgsam darauf zu sehen haben, daß die Gesetze nicht gebeugt, die Rechte Anderer nicht verletzt werden? Gewiß, wir haben Richter, Staatsanwälte usw., aber man darf nicht vergessen, daß auch die Gerichte Einrichtungen sind, die den Einflüssen der heutigen Gesellschaft, in der der Besizende allein herrscht, vollkommen unterliegen. Und gerade die Gerichte sind es, die mit ihren Sprüchen den Ausübern und Vertretern des „Arbeitswilligenschutzes“ aufs weiteste entgegen kommen. Nach der herrschenden Auffassung der maßgebenden Kreise in unserer Gesellschaft hört ein Unrecht auf, ein Unrecht zu sein, wenn die Gerichte fest gestellt haben, daß eine Gesetzesverletzung, zum Schutze von Arbeitswilligen gegen kämpfende Arbeiter begangen, eine Gesetzesverletzung nicht ist. Und was in dieser Beziehung besonders von deutschen Gerichten in den letzten Jahren als Urteile in die Welt hinaus gegangen ist, das dürfte wohl vollkommen genügen, die Stellung klar und deutlich erkennen zu lassen, welche die bürgerliche Rechtspflege im Klassenkampf einnimmt. Wir brauchen doch nur daran zu erinnern, wie milde ein und dieselben Gerichte über Ausschreitungen der Unternehmer oder der Arbeitswilligen gegen streikende Arbeiter geurteilt haben und wie unnachlässig scharf und strenge sie Verfehlungen kämpfender Arbeiter gegen Arbeitswillige oder gegen Arbeitgeber ahndeten. Ganz davon ab zu sehen, daß ja selten irgend eine polizeiliche Brutalität gegen kämpfende Arbeiter eine Sühne findet. In diesem letzteren Falle versagen die Gerichte zumeist vollständig. Das aber kann nur darin seinen Grund haben, daß auch die Richter und Staatsanwälte von der Bedeutung und Wertschätzung der staatsbehaltenden Tätigkeit der Arbeitswilligen so tief durchdrungen sind, wie die Unternehmer, die dann aber freilich unter Staatsbehaltung nur die Erhaltung ihrer Macht verstehen. Anders wären sonst die Urteile der Gerichte, ihre Stellungnahme zu Gunsten der Arbeitswilligen nicht zu erklären und jede Lösung würde auch dafür fehlen, in welcher einseitigen Weise die Staatsanwälte ihr Amt dann auffassen, wenn sie in gleichen Sachen gegen Arbeitswillige und ehrlich vorwärts strebende Arbeiter Stellung nehmen sollen.

Wir möchten als Beispiel, in welcher angriffsreiche Stellung ein Staatsanwalt in Folge dieser Auffassung geraten kann, nur an den jüngsten Fall in Gotha erinnern. Unsere Leser haben durch die Notiz in der vorigen Nummer der Amesse den Ausgang einer Klage gegen einen Kollegen erfahren, der angeblich einen Arbeitswilligen beleidigt haben soll. In dieser Sache erhob die Staatsanwaltschaft die öffentliche Anklage. Nun aber beleidigte derselbe Arbeitswillige auch auf der Straße mehrere Frauen und das zweifellos in Bezug auf deren frühere Haltung als Streikende. Auch diese Frauen beantragten Erhebung der öffentlichen Anklage. Aber siehe da. In diesem Falle lehnte die Staatsanwaltschaft, dieselbe, die für den beleidigten Arbeitswilligen einsprang, die öffentliche Klageerhebung ab und verwies die Beleidigten auf den Weg der Privatklage. Wir stehen hier keineswegs vor etwas noch nie Dagewesenem, sondern im Gegenteil, derartige Fälle ereignen sich oft, aber selten zeigt sich wohl die einseitige Auffassung einer Anklagebehörde in schärferer Weise als bei dieser Gelegenheit. — Es ist hier nicht der Ort, uns mit dem gothaer Staatsanwalt in einen Disput über das völlig Haltlose seiner letzten Entscheidung gegenüber seiner Stellung in der jüngsten Arbeitswilligenbeleidigungsklage ein zu lassen, auch haben wir wenig Hoffnung, daß vielleicht die Oberstaatsanwaltschaft eine andere Stellung als die ihrer untergeordnete Behörde ein nehmen könnte. Mehr wert als alle diese Überlegungen und Betrachtungen ist uns der Hinweis, auf die peinlichen Folgen dieser staatsanwaltschaftlichen Inkonsequenz.

Darüber dürfte doch kein Zweifel sein, die verständnisvolle Teilnahme der Gerichte und Anklagebehörden für Arbeitswillige und ihre permittierten Bedrückungen müssen dazu beitragen, die Ansicht in dem Arbeitswilligen zu befestigen, daß er ein besonderer Mensch ist, einer, der durch den Segen seiner mächtigen Begünstiger hoch über die Unzulänglichkeiten gehoben ist, welche den geschriebenen Rechten seiner kämpfenden Klassengenossen in der Praxis anhaften. Durch die liebevolle Berücksichtigung durch den Unternehmer, durch die weitgehendste Rücksicht und Fürsorge der Behörde zu einem Bevorzugten gemacht, wird der Arbeitswillige vollkommen zu einem Ausnahmewesen in der heutigen Gesellschaft, weil die Gerichte und Anklagebehörden das Bestimmen der Unternehmer und der ausführenden Behörden vollenden. Nun ist es freilich begreiflich, daß eben auf Grund dieser Ausnahmestellung der Arbeitswillige zu einem Uebermenschen im

kleinen Stil wird und er gegen die übrigen Arbeiter wie ein Herrenmensch auftritt, sich Ausfälle, Provokationen und Beleidigungen erlaubt, die ja besonders in letzter Zeit entsetzliche Formen angenommen haben. Wir erinnern nur an Nürnberg, wo ein Arbeitswilliger einen streikenden Arbeiter kaltblütig nieder schloß und trotzdem weder verhaftet noch bis zur Zeit prozessiert wurde.

Es ist erklärlich, daß diese Zustände, die mit jedem Tage ärger werden, die klassenbewusste Arbeiterschaft immer mehr gegen die Arbeitswilligen erbittern müssen und daß die ehrlichen Arbeiter immer weiter von diesen Elementen abrücken und mit ihnen keine Gemeinschaft haben wollen. Da aber der Arbeitswillige von allen Seiten geschützt wird, bleibt der Arbeiterschaft kein anderes Mittel übrig, der anwachsenden Gefahr dieser Schädlinge ihrer eigenen Klasse entgegen zu treten, als durch konsequente Misshandlung und durch strengsten Ausschluß dieser Leute aus den Reihen der kämpfenden Arbeiter. Müssen wir die Arbeitswilligen als Gegner unserer Klassenkampfziele betrachten, dann können wir ihnen keinen Platz mehr bei uns einräumen und alle menschlich vielleicht noch so erklärlichen Entschuldigungen für einen Streikbruch müssen verschwinden hinter dem eigentlichen Charakter, den der Streikbruch und den die Arbeitswilligen eben durch die Begünstigung der öffentlichen Gewalten, Gerichte und der Unternehmer erhalten haben.

Aber nicht nur der Arbeitswillige erschwert sich durch diese Bevorzugung seine Stellung gegenüber den kämpfenden Arbeitern, sondern auch diejenigen, die hinter dem Arbeitswilligen stehen, müssen von den Arbeitern unter Berücksichtigung dieser Haltung betrachtet werden. Das wird ja freilich dem heutigen Staat nicht mehr viel verschlagen können; denn kein denkender Arbeiter sieht in ihm mehr als den Vollstreckungsausschuß der Besitzenden, dessen Unparteilichkeit dort aufhört, wo die wirtschaftlichen Kämpfe beginnen. Aber die Justiz hatte schließlich noch einiges zu verlieren, wenigstens bei denen, die bisher in der Auffassung lebten, daß die Augen verhüllte Gerechtigkeitsgöttin noch am meisten von den Sprizern der Parteilichkeit unberührt blieb. Und insbesondere hatte der Arbeiter in seiner Unkenntnis des innigen Zusammenhangs des Besitzes mit allen öffentlichen Einrichtungen noch ein gewisses Vertrauen in die Rechtspflege. Wir meinen also, daß nichts geeigneter ist, den Rest dieses Vertrauens gegen die Justiz zu vernichten, als deren Haltung gegen die Arbeitswilligen. Es hat lange an einem aufläuternden Wirken in dem Volke über die eigentliche Stellung der Rechtspflege gegen die moderne Arbeiterbewegung gefehlt. Wir können der Justiz nur dankbar sein, daß sie selbst zu dieser Aufklärung das meiste beiträgt. Den Arbeitswilligen will sie schützen und sich selbst setzt sie dadurch den berechtigten Angriffen aus.

### Aus einer Berufsgenossenschaft.

Wenn unsere bürgerlichen Gegner die Unfähigkeit der Arbeiter, erfolgreiche Verwaltungsarbeiten vorzunehmen und leiten zu können, besonders eindringlich beweisen wollen, dann ziehen sie mal irgend eine Bummelerei bürgerlicher Krankenkassenleiter an die Öffentlichkeit und denunzieren diese Fehler dann als sozialdemokratische Korruption. Wie denn im allgemeinen die Krankenkassen mit ihrem teilweisen Selbstverwaltungsrecht, das den Arbeitern einen gewissen Einfluß auf die Gestaltung des Krankenkassenwesens einräumt, den Arbeiterfeinden ein besonderer Dorn im Auge sind. Diesem heuchlerischen Gebaren gegenüber ist nun jene Schilderung äußerst interessant, die unsere Genossen in der bayrischen Abgeordnetenkammer über eine Berufsgenossenschaftsleitung gaben. In den Berufsgenossen führen die Unternehmer allein das Wort, die Arbeiter haben nichts mit zu reden. Sehen wir nun, was in einer solchen Berufsgenossenschaft alles passieren kann:

Vorsitzender der bayrischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft ist lange Zeit der liberale münchener Magistratsrat Geldenberg gewesen. Der erste Bureauvorstand der Berufsgenossenschaft ist ein Herr v. Rüdorffer gewesen, der als Offizier ohne Pension entlassen worden war, das Vermögen seiner Frau in kurzer Zeit durch gebracht hatte, dann erst Inspektionsamtmann, später Schreiber beim Reichsversicherungsamt war und schließlich als Organisator der bayrischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft nach Bayern versetzt wurde. Er hat Umlagengelder verbraucht, und zwar so zahlreich, daß er darüber Buch geführt hat. Als der Vorstand der Klasse die Sachlage erfuhr, hat er sofort seine Stellung nieder gelegt. Sein Nachfolger Geldenberg hat aber von den Unterschlagungen Rüdorffers gewußt, ihn aber doch bis zu seinem Tode im Amte behalten.

Geldenberg ließ sich jährlich 4000 Mt. Remuneration zahlen und erschien dafür vielleicht alle zwei Wochen einmal im Bureau, wo er die zu unterzeichnenden Schriftstücke der Kürze halber mit

einem Gummistempel, der seinen Namen trug, unterstempelte. Einer der Nachfolger Kuborffers war Georg Haag, ein früherer Kellner, der keinerlei Vorbildung für seinen neuen Beruf besaß. Als unter ihm die Mißstände so toll wurden, daß einzelne Beamte es nicht mehr mit ansehen konnten und Anzeige erstatteten, wurde in die Untersuchungskommission derselbe Herr Heltenberg gewählt, der die Zustände längst gekannt hatte, ohne etwas dagegen zu tun. Die Untersuchung war die reine Komödie. Der Hauptbelastungszeuge bekam am Tage, da die Untersuchung begann, Zahnschmerzen und mußte genau so lange, als die Untersuchung dauerte, volle vierzehn Tage, wegen Zahnschmerzen im Bette bleiben. Der Protokollant hat genau das Gegenteil von dem nieder geschrieben, was die Zeugen bekundeten. Es bedurfte energischer Proteste der Zeugen, ehe ihre Aussagen im Protokoll richtig gestellt wurden.

Das Ende der Komödie war, daß man einen der weniger schuldigen Beamten, einen Herrn Großbach, entließ, ihm aber eine Woche darauf die Pension zu erkannte. Großbach hatte nämlich erklärt: Wenn sie mich raus schmeißen, dann fliegt die ganze Gesellschaft in die Luft. Den Beamten wurde ein Schweigegelübde durch Handschlag ab genommen. Was trotzdem auf der nächsten Generalversammlung der Baugewerks-Vereinsgenossenschaft darüber verhandelt worden ist, wurde nicht bekannt, da die Versammlung geheim war. Dem Heltenberg soll es dabei allerdings schlimm ergangen sein.

Die Schlampererei war so groß, daß kein Verzeichnis der Formulare geführt wurde und bei Vergebung des Druckes niemand wußte, wie groß der Jahresbedarf an den einzelnen Formularen war. Das Mitgliederverzeichnis war mangelhaft. 3056 Akten blieben unbearbeitet liegen. Wer sich um Zahlung drücken wollte, konnte es tun. Ein Terminkalender war so gut wie nicht vorhanden. Ein Beamter hat den Oberbeamten Haag direkt beim Bureauvorstand der Bestechlichkeit beschuldigt. Die Verhandlung ergab nicht nur die Richtigkeit der Behauptung, sondern Haag hatte sich auch als Zutreiber für ein gewisses mediko-mechanisches Institut bewährt; er hat ärztliche Gutachten gefälscht, indem er Kranke für mediko-mechanische Behandlung empfahl, obwohl der Arzt sich dagegen ausgesprochen hatte. Haag hat ferner zu Gunsten Dr. Dreyers eine falsche Statistik auf gestellt, welche für Dreyers Institut eine zu hochprozentige Besserung der Erwerbsfähigkeit ergab. Die Rechnungen Dreyers, von dem Haag sich bestechen ließ, wurden gar nicht geprüft, sondern ohne weiteres den Akten einverleibt oder vernichtet. Dreyer hat jährlich aus der Kasse der Baugewerks-Vereinsgenossenschaft 20 000 bis 40 000 Mk. bezogen und dem Haag wertvolle Gegengeschenke gemacht.

Auch unter der jetzigen Verwaltung des Dr. Striegler sind 3300 unerledigte Akten auf dem Boden gefunden worden. Zwei noch völlig diensttaugliche Beamte, Sekretär Jhl und Kassierer Steinbauer sind pensioniert worden, was jährlich die Kasse mit 3400 Mk. belastet, um den Verdacht von Haag herab zu mindern. Haag hat vier Jahre lang die Vertretung vor den Schiedsgerichten in ganz Bayern geführt. Er liquidierte dafür außer seinem Gehalt 12 Mk. täglich und wenn er übernachtete, noch 5 Mk. extra, so daß er sich auf monatlich 600 Mk. gestanden hat.

Als die Vereinsgenossenschaft für Nürnberg in dem Zivilingenieur Sattler einen sehr tüchtigen Mann gefunden hatte für die Kontrolle, ob die Unfallverhütungsvorschriften überall genau befolgt würden, und als dieser Mann in Fürth bei 19 Privatbauten und 2 Gemeindebauten 85 Zuwiderhandlungen zur Anzeige gebracht hatte, da blieben die Mahnungen erfolglos, aber als dann gerichtliche Bestrafung der Unternehmer eintrat, wurde Sattler sofort entlassen ohne Angabe irgend welcher Gründe. — Auf bürgerlicher Seite war die Folge der Aufdeckung dieser skandalösen Vorkommnisse Schweigen!

### Verbandsangelegenheiten.

#### Zur Beachtung für die Zahlstellen-Verwaltungen und Einzelmitglieder.

Alle Zuschriften in Rassen-Angelegenheiten, als da sind: Einwendungen von Geldern, Abschlüssen, Beitrittserklärungen neuer Mitglieder, Um- und Abmeldungen von Mitgliedern, Anträge auf Krankengeld-Zuschuß, Sterbegeld, Zusendung von Verwaltungs-Materialien jeder Art sind zu adressieren an Wilh. Herden, Verbandskassierer, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Alle Zuschriften in Unterstützungssachen: Arbeitslosen-Unterstützung, Fahr- und Umzugsgelder, Rechtschutz, in Differenz-Angelegenheiten jeder Art, Lohnbewegungen, Streits und Ausperrungen sind zu adressieren an Joh. Schneider, Verbandssekretär, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Alle Zuschriften in Bezug auf: Agitation, Arbeits-Nachweise, Gründung von Zahlstellen, von den Verwaltungsbehörden (Polizei etc.) angeordnete oder verhängte Maßnahmen gegen die Zahlstellen, respektive deren Leiter, sowie Beschwerden gegen die Verbandsbeamten, Zahlstellen-Verwaltungen und wegen Verweigerung von Unterstützungen etc. sind zu adressieren an Gg. Wollmann, Verbandsvors., Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Alle auf das Verbands-Organ „Die Ameise“ bezüglichen Zuschriften sind zu adressieren an

Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Bei Reklamationen wegen nicht genügend erhaltener Blätter muß die genaue Zahl des gegenwärtigen Mitgliederbestandes in der betreffenden Zahlstelle angegeben werden.

Alle Zuschriften und Geldsendungen der Einzelmitglieder sind zu richten an

Carl Munt, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

### Verzeichnis der Agitationsbezirke

mit teilweisen Änderungen

beschlossen in der Vorstandssitzung vom 8. Oktober 1906.

(Die maßgebenden Bestimmungen für die Agitationsbezirke finden die Mitglieder als Anhang im neuen Statut.)

Die unter je einer der Ziffern von 1 bis 24 verzeichneten Verwaltungs-orte bilden einen Agitationsbezirk. Die gesperrt gedruckten Orte sind die Bezirksvororte mit dem Sitz der Agitationskommissionen.

- |                   |                     |                     |
|-------------------|---------------------|---------------------|
| 1. Berlin II      | Sondershausen       | 16. Markt-Redwig    |
| Berlin III        | Lambach             | Arzberg             |
| Berlin-Moabit     | Waltershausen       | Markt-leuthen       |
| Charlottenburg    |                     | Mitterteich         |
| Friedrichshagen   | 9. Jlménau          | Schirnding          |
| Fürstenberg a. D. | Angelroda           | Trschentreuth       |
| Kolmar            | Arnstadt            | Bohenstrauß         |
| Pankow            | Elgersburg          | Waldfassen          |
| Rathenow          | Gehren              | Weiden              |
| Rheinsberg        | Gera b. Elgersburg  | Wiesau              |
| Spandau           | Langewiesen         | Wunsiedel           |
| Teltow            | Manebach            |                     |
| Vordamm           | Martinroda          | 17. Nürnberg        |
|                   | Roda S.-W.          | Amberg              |
| 2. Wittenberg     | Stadtilm            | Dirschau            |
| Althaldensleben   | Stügerbach          | Regensburg          |
| Annaburg          | Unterpörlitz        |                     |
| Buckau            |                     | 18. München         |
| Elsterwerda       | 10. Großbreitenbach | Nymphenburg         |
| Leitn             | Garitz              |                     |
| Magdeburg         | Ragbitz             | 19. Pforzheim       |
| Neuhaldensleben   | Meuselbach          | Siberach            |
| Rosslau           | Oberlößlich         | Gaggenau            |
|                   | Sigendorf           | Hornberg            |
| 3. Tiefenfurt     | Unterweißbach       | Ludwigsburg         |
| Freivaldau        |                     | Offenburg           |
| Wenzig            | 11. Rahl            | Schorndorf          |
| Ruhland           | Blankenhain         | Schramberg          |
| Sorau             | Burgau              | Weingarten          |
| Weißwasser        | Kleindembach        | Zell                |
|                   | Böckneck            | 20. Mannheim-       |
| 4. Altwasser      | Rudolstadt          | Käfertal            |
| Breslau           | Schwarz             | Germerstheim        |
| Dirschberg        | Lannroda            | Grünstadt           |
| Sophienau         | Uhlstädt            | Saargemünd          |
| Sorgau            | Vollstedt           |                     |
| Waldburg          |                     | 21. Frankfurt a. M. |
| Warmbrunn         | 12. Hüttensteinach  | Cassel-Bettenhausen |
|                   | Coburg              | Coblenz             |
| 5. Dresden        | Cortendorf          | Söhr                |
| Golditz           | Credlitz            | Staffel             |
| Döbeln            | Hüttengrund         |                     |
| Freiberg          | Judenbach           | 22. Düsseldorf      |
| Geringswalde      | Röppelsdorf [berg   | Ahlen               |
| Grünhain          | Neuhaus Kr. Sonne-  | Bonn-Roppelsdorf    |
| Ramenz            | Neustadt b. Coburg  | Duisburg            |
| Leipzig           | Oberlind            | Elberfeld           |
| Margarethenhütte  |                     | Emmerich            |
| Meißen            | 13. Kronach         | Fürstenberg a. W.   |
| Rosfen            | Hausen              | Hagen               |
| Potschappel       | Klips               | Hamm                |
| Zittau            | Rothenkirchen       | Röln                |
|                   | Schauberg           | Röln-Chrenfeld      |
| 6. Schemewitz     | Tettau              | München-Glabbach    |
| Fraureuth         |                     | Oberhausen          |
| Oberhohndorf      | 14. Suhl            | Wesel               |
|                   | Eisfeld             |                     |
| 7. Eisenberg      | Golblauter          | 23. Wegefac         |
| Hermisdorf        | Kloster-Wehra       | Farge               |
| Meuselwitz        | Schleusingen        | Hamburg             |
| Reichenbach       | Schnett             | Hannover            |
| Untermhaus        |                     |                     |
| 8. Gotha          | 15. Selb            |                     |
| Eisenach          | Abolf               | 24. Gräfenthal      |
| Geschwenda        | Bayreuth            | Neuhaus a. R.       |
| Gräfenhain        | Moschendorf         | Wiesau              |
| Gräfenroda        | Oberkohan           | Wobitzella          |
| Gräfenrod         | Rehau               | Reichmannsdorf      |
| Plaue             | Schönwald           | Schmiedefeld        |
|                   | Schwarzenbach       | Wallendorf          |

#### Adressen der Agitations-Kommissionen.

1. Max Korn, Berlin, Schönlein-Str. 9
2. Wilh. Wade, Dreh, Neu-Biestertitz b. Wittenbg. (Bz. Halle) Neustraße

3. C. Gölzger, Dreher, Tiefenfurt (W. Magitz)
4. Carl Kest, Dreher, Neu-Weißfeld bei Altwasser in Schlef., Nr. 1
5. Bernh. John, Dresden, Galeriestr. 9 IV
6. N. Eberhardt, Schenewitz, Hauptstr. 29
7. Emil Kreischnar, Maler, Eisenberg, Geraerstraße
8. O. Kühnlenz, Brenner, Gotha, Duffleber-Str. 1
9. Emil Hoffmann, Almenau, Wiesenweg 42
10. Hermann Eger, Maler, Großbreitenbach
11. Louis Waldmann, Kahla, Delwiesenweg 8 a
12. Georg Falboth, Maler, Köppelsdorf
13. Hof. Seelmann, Kronach, Kirchenplatz 74
14. Oskar Gramlich, Suhl, Hoheröder 18
15. Artur Ahlendorf, Selb, Obere Berg Str. 227 b
16. Christoph Schöffel, Maler, Markt-Redwitz Nr. 77
17. Rud. Fischer, Maler, Nürnberg, Nebengasse 48
18. Hans Ernst, Maler, München, Thal 18
19. Fritz Faas, Forzheim, Schulze-Delischstr. 6
20. Ludw. Geier, Mannheim, Alhornstr. 84 II
21. Karl Butweller, Frankfurt a. M., Mörseberstr. 17
22. Hilmar Eberhardt, Düsseldorf, Kethestr. 174
23. Heinr. Uper, Fahr-Begefac bei Bremen, Langenstr. 87
24. Ernst Sähnlein, Gräfenhal, Altestr. 88.

### 102. Vorstandssitzung vom 18. September 1906.

Wollmann auf Reisen. Entschuldigt fehlen v. d. Aue, Rabanus und Welzel.

Die Sperren über Blechhammer, Sittengrund, Nürnberg und Rathenow werden aufgehoben. — Mitteilungen der Beschwerde-Kommission werden zur Kenntnis genommen. Zu den Beschwerdesachen der Mitglieder 24 048 Kahla, 88 876 Berlin II, 29 984 Cöln-Chrenfeld und 10 821 Oberhöndorf soll der Beschwerde-Kommission das Material zugestellt werden. — Rechtschutz für das Mitglied 35 687 Tiefenfurt wird unter bestimmten Voraussetzungen bewilligt. — Für das Mitglied 9650 Sorau wird Rechtschutz wegen ersichtlicher Aus-sichtslosigkeit einer Klage abgelehnt. — Von Althaldensleben beantragte Gewährung des Zuschusses zu bereits bewilligten Unterstüzungen, entsprechend § 22 des Statuts wird abgelehnt. — Eine Anfrage des Mitgliedes 6188 Magdeburg soll in ablehnendem Sinne beantwortet werden. — Ein Ausnahmeforsch, Döbling-Breslau wird vertagt. — Dem Mitglied 10 884 Vordamm wird nachträglich eine zweijährige Strafkarenzzeit auf erlegt. — Semmel, Berlin III, wird mit dreijähriger Strafkarenzzeit auf genommen. — Der nach gesuchte Uebertritt eines Mitgliedes des österreichischen Verbandes in Wiesbaden wird nach § 8 des Gegenseitigkeitsvertrages abgelehnt. — Einem Mitgliede in Dresden wird die Aufnahme unter gleichzeitiger Belassung der Mitgliedschaft in einer anderen Berufs-Organisation bewilligt. — Die nach gesuchte Aufhebung der Streichung wegen Beitragsresten für einige Mitglieder in Gräfenroda, sowie für 88 850 Schönwald wird abgelehnt, für einige Mitglieder in Gräfenhal und Waldenburg ausnahmsweise bewilligt. — Dem Mitglied 4558 Almenau wird die beantragte Stundung der Beiträge bewilligt. — Dem Mitglied 5288 Botschappel wird die nach gesuchte Rückversicherung unter den gegebenen Umständen bewilligt. — Dem Mitglied 6639 Meissen wird die Gewährung des Krankengeld-Zuschusses in der beantragten Höhe abgelehnt, und hat es mit der bereits erfolgten Anweisung sein Bewenden. — Der Kassierer wird beauftragt, gegen den früheren Kassierer der Zahlstelle Gräfenhal, Burmehl, Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft zu stellen. — Das Mitglied 48 117 Heidenreich Berlin III wird nach § 3<sup>s</sup> des Statuts vom Verband ausgeschlossen. — Der Kassierer gibt den Abschluß der Hauptkasse pro Monat August zur Kenntnis; demnach betrug das Vermögen 143 872,62 M.

M. Korn, stellv. Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

### 103. Vorstandssitzung vom 17. September 1906.

Wollmann auf Reisen.

Zuschriften von Berlin III, Gräfenhal, Friedrichshagen, Margarethenhütte, Neuhalldensleben, Koblau und Sorau werden zur Kenntnis genommen. — Im Anschluß an eine Zuschrift der Firma Schwabe & Co. Reichenbach wird beschlossen, zu Informationszwecken den Schriftführer nach Reichenbach zu delegieren. — Zuschriften von Creidlitz und Sigendorf werden vorläufig zur Kenntnis genommen und soll diesbezügliche Rückfrage erfolgen. — In der Beschwerdesache 3717 Gotha soll der Beschwerde-Kommission auf deren Ansuchen das Material zugestellt werden. — Der Uebertritt je eines Mitgliedes des österreichischen Verbandes in Margarethenhütte und Staffell wird nach § 8 des Gegenseitigkeits-Vertrages abgelehnt. — Von Hornberg beantragte Zuwendung einer bestimmten Summe aus Verbandsmitteln wird abgelehnt und soll die Zahlstelle auf den 12% Fonds verwiesen werden. — Mit der Verwendung von Mitteln des 12% Fonds der Zahlstellen Fürstenberg a. W. zu dem angegebenen Zweck erklärt sich der Vorstand einverstanden. — Dem Mitglied 4947 Halle wird Rechtschutz bewilligt. — In der Unterstüzungs-sache 12 628 Friedrichshagen wird Vertagung und Recherche beschlossen. — Die Mitglieder 12 661 Blobel, Sorau und 1161 Gläßer, Friedrichshagen, werden nach § 3<sup>s</sup> des Statuts vom Verband ausgeschlossen.

M. Korn, stellv. Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

### 104. Vorstandssitzung vom 26. September 1906.

Entschuldigt (krank) fehlt Durmann.

Das Vorstandsmittglied Hellus scheidet wegen Verzuges nach außerhalb aus; demzufolge wird beschlossen, der Zahlstelle Spandau Mitteilung zu machen, daß dieselbe einen Ersatzmann an Stelle Hellus zu wählen hat. — Der Schriftführer berichtet, daß in Reichenbach eine Unterredung mit dem Firmeninhaber im Beisein verschiedener Mitglieder stattgefunden hat, welche eine Klärung der Sachlage mit sich brachte. Demzufolge wird beschlossen, die Sperre über Reichenbach wieder aufzuheben. — Im Anschluß an einen Bericht von Sorau wird beschlossen, den Vorsitzenden dorthin zu delegieren. — Eine beantragte Delegation nach Meuselwitz wird vertagt, bis weiterer schriftlicher Bericht vorliegt. — Von Düsseldorf wird berichtet, daß ernstere Differenzen bei der

Firma Sibn drohen. — Von Margarethenhütte wird berichtet, daß trotz aller Bemühungen von Seiten unserer Mitglieder eine Einigung mit der Firma noch nicht zu erzielen war; demzufolge sind die bei derselben Firma in Koblau beschäftigten Mitglieder ebenfalls in den Streit getreten. — Zuschriften von Gräfenhal, Magdeburg, Neuhalldensleben, Schwarzja, Sigendorf und Hornberg werden zur Kenntnis genommen. — Dem Mitglied 12 628 Friedrichshagen wird nach erfolgter Recherche Unterstüzung bewilligt.

G. Wollmann, Vorsitzender. J. Schneider, Schriftführer.

## Aus unserem Berufe.

**Garsitz.** Herr August Kiebler, den Besitzer der Puppen- und Porzellanfabrik in Garsitz bei Königsee, ließ die Veröffentlichung der Löhne, die von Malern in seinem Betriebe „verdient“ wurden, nicht ruhen und in einem Schreiben entläßt der Herr seine ganze Entrüstung über uns. Das Schreiben lautet: „Unter Bezugnahme auf den Bericht, welchen Sie in Nr. 39 Ihres Blattes unter „Garsitz“ bringen, ersuche ich Sie hiermit, mir den Namen Ihres Herrn Berichterstatters umgehend mitteilen zu wollen, damit ich gegen denselben gerichtlich vorgehen kann. Es war eigentlich meine Absicht, mich mit Ihnen in keinerlei Briefwechsel einzulassen, wenn ich aber weiter ruhig zu sehe, dann bringen Sie wahrscheinlich Dinge, die noch ungeheurer klingen als die bisher gebrachten. Ich habe bisher geglaubt, wenigstens einen Teil Ihrer Berichte ernst nehmen zu dürfen, wenn Sie aber lauter so ehrbare Gewährsmänner haben wie im vorliegenden Falle, dann muß man den Inhalt Ihres Blattes mit großer Vorsicht auf nehmen. Es mag sein, daß Sie es als Ehrensache ansehen, den Namen des betreffenden „Ehrensannes“ geheim zu halten; wenn dies der Fall, dann muß ich eben gegen Sie selbst die geeigneten Schritte unternehmen, da die Ihnen gewordene Mitteilung von Anfang bis zu Ende erlogen ist! Daß Sie diesen Brief in der nächsten Nummer Ihres Blattes zum Abdruck bringen, erachte ich für selbstverständlich, denn Sie werden doch wohl so gerecht denken, daß Sie nicht bloß Anklagen erheben, sondern daß Sie auch den Angeklagten zu Worte kommen lassen. Achtungsvoll pp.: A. Kiebler.“ — Herr Kiebler hat nicht vergeblich an unseren Anstand appelliert. Wir geben mit einem gewissen Vergnügen allen unseren Lesern Kenntnis von dem ungekürzten Schreiben des Herrn Kiebler. Erstens mal sind wir aus Prinzip dafür, daß man auch den Angeschuldigten zu Worte kommen lassen muß, dann aber amüsierte uns der Brief nicht wenig und auch unsere Leser werden daran ihre Freude haben. Sehen sie doch daraus, wie ein verärgertes Fabrikant schreiben und wettern kann und wie er dabei vergißt, das richtig zu stellen, was gegen ihn behauptet wurde. Freilich, den Gefallen können wir Herrn Kiebler nicht tun, ihm unseren Gewährsmann zu nennen. Wir haben nun einmal solche verschobenen Ansichten über Ehrensachen und gehen davon auch nicht ab, wenn man uns in Konsequenz dessen eine Klage an zu hängen droht. Wenn Herr Kiebler nicht anders kann, so soll er klagen. Wir würden in diesem Falle sicherlich noch einiges mehr über diesen Betrieb erfahren. Zum Schluß noch eine Bemerkung: Herr Kiebler sagt, er hat geglaubt, wenigstens noch einen Teil unserer Berichte ernst nehmen zu dürfen. Wir entheben Herrn Kiebler gern dieser Verpflichtung. Schon aus dem Grunde, weil Herr Kiebler darin bei uns auf Gegenseitigkeit nicht rechnen kann; denn trotz unseres besten Willens können wir Schreiben, die so wie das obige abgefaßt sind und aufgefäßt werden müssen, nicht ernst nehmen. Auch selbst dann nicht, wenn sie von Herrn August Kiebler aus Garsitz bei Königsee kommen.

**Magdeburg.** Die Firma G. & C. Carstens hat jede gütliche Einigung mit den Gießern abgelehnt. Trotzdem die Arbeiter der Direktion entgegen kommen und eine geringere Preisverminderung mit in den Kauf nehmen wollten, ging die Firma nicht von ihrem Standpunkt ab. Darauf erklärten die Kollegen, die Arbeit für den reduzierten Preis nicht machen zu können. Die Firma antwortete darauf mit der Kündigung der Arbeiter zum 20. Oktober. In Betracht kommen acht Gießer, eine Gießerin und dreizehn Fertigmacherinnen. Die Kollegen werden gut tun, jeden Zugang nach Magdeburg zu unterlassen. Ueber die Dreherei und Gießerei der Firma G. & C. Carstens-Magdeburg ist die Sperre verhängt.

**Neuhaldensleben.** Wie wir bereits berichteten, ist der Streit bei der Firma Deutsche Steingutfabrik (Direktion Gubbe) für beendet erklärt worden. Die weitere Dauer des Kampfes wurde dadurch aussichtslos, daß Gubbe zum Teil verschiedene größere Bestellungen einbüßte und daß sich gegen 47 Arbeitswillige nach und nach eingefunden hatten. Ein Teil derselben kam aus Holland und zwar aus Maastricht. Dorthin besteht eine christliche Organisation der Keramarbeiter, deren

Setzung uns versicherte, daß sie alles tun würde, um den Zuzug von Arbeitswilligen aus Maastricht nach Neuhalbensleben zu verhindern. Allem Anschein nach hat die Kraft dieser Organisation zur Einlösung dieses Versprechens nicht ausgereicht. — In Betracht kommen noch gegen 30 Kollegen, da schon während des Streiks gegen 40 Kollegen anderweitig Stellung gefunden haben. — So endete denn dieser Kampf, der 17 Wochen dauerte, mit einem Mißerfolg für uns. Aber auch die Firma, an die Hubbe seine Fabrik abgetreten hat, wird genug von diesem Kampf bekommen haben, so daß wir gar keine Ursache haben, uns als die Unterlegenen zu fühlen.

**Margarethenhütte.** Da zwischen den Kollegen und der Direktion in Margarethenhütte und Kofslau eine volle Verständigung erzielt wurde, so können wir, wie schon in letzter Nummer angeführt wurde, die Differenzen in den beiden Orten als erledigt betrachten. Die Kollegen erlangten in Kofslau wie in Margarethenhütte Lohnaufbesserungen und in beiden Betrieben konnten sämtliche Ausständigen an ihre alten Plätze rücken. In Kofslau wurde die Arbeit wieder am 2. Oktober und in Margarethenhütte am 8. Oktober auf genommen. Die Sperre über beide Betriebe ist auf gehoben.

**Sorau.** Die in der Porzellanfabrik Sorau zum Ausbruch gekommenen Differenzen lassen immer interessantere Begleiterscheinungen des für jenen Betrieb ehemals fast sprichwörtlich gewordenen patriarchalischen Verhältnisses erkennen. An der Spitze des Unternehmens steht jetzt — nachdem der alte Herr Böhme sich auf den Genuß seiner Renten zurück gezogen hat — Böhme jr. Dieser junge Mann fühlt sich aber derart als Patriarch „seiner“ Arbeiter, daß er es für eine Bloßstellung der Firma und für eine Verletzung seiner Würde hält, den Arbeitern durch einige freundliche Worte entgegen zu kommen und den Konflikt durch kluges Nachgeben und Eingehen auf die bescheidenen Forderungen der Maler aus der Welt zu schaffen. Anstelle dieses wird vielmehr der „allein bestimmende Herr Unternehmer“ heraus geföhrt, die Arbeiter auf irgend einen Tag, wenn irgend ein Obermaler von irgend woher sich sollte eingefunden haben, vertröstet und außerdem jede Verhandlung mit den fordernden Arbeitern abgelehnt. Und der Intimus des Herrn Böhme jr., der Prokurist Zeeh, der sich schmeichelt, viel, sehr viel Temperament zu besitzen, fährt einem 24 Jahre alten Arbeiter mit einem „grünen Jungen“ entgegen und ist nebenbei jeder Belehrung darüber, daß gebildete Leute sich auch mit Leichtigkeit anders ausdrücken können, unzugänglich. Man kann sich denken, daß mit solchen Leuten ein sachliches Verhandeln schwer ist und daß darum die Unterredung, die ein Vorstandsvertreter mit Herrn Böhme jr., zwecks Beilegung der Differenz hatte, ergebnislos verlaufen mußte. Herr Böhme jr. und sein Prokurist wollen den Malern absolut nichts zu legen, weil sie fürchten, daß dann auch bei den anderen Arbeitern der Appetit erweckt werden könnte und vielleicht in erster Linie bei den Hofarbeitern, die Herr Böhme jr. noch mit 1,80 Mt. — eine Mark und achtzig Pfennige — pro Tag „entlohnt“. Da allem Anschein nach Herr Böhme jr. und sein Prokurist nicht recht an den Ernst der Sache zu glauben schienen, kamen auch die sämtlichen Dreher — sie sind alle organisiert — dazu, zu kündigen. Man bittet also, jeden Zuzug nach Sorau fern zu halten, da selbstverständlich die Sperre insolgedessen über den ganzen Betrieb verhängt ist.

**Schweiz.** Der Streit der Kollegen bei der Firma Gebr. Ziegler in Schaffhausen ging für die Arbeiter verloren. Wir ersuchen jedoch alle unsere Kollegen, nach wie vor jeden Zuzug nach Schaffhausen zu unterlassen, da die Sperre über diesem Betrieb bestehen bleibt.

#### Terrakotta-Arbeiter.

**Cöln.** Es scheint zu den Gepflogenheiten gewisser christlicher Arbeitgeber zu gehören, mit den Arbeitern von dem Augenblick an in ständiger Fehde zu liegen, als die Arbeiter beginnen, Rechte für sich in Anspruch zu nehmen. Ein Beispiel dafür bietet die Firma Th. Schüller, welche das „St. Josef-Institut für kirchliche Kunst“ besitzt. Allem Anschein nach tut der Janl und Jaber, der in diesem Betrieb entstehen muß, der Heiligkeit und Erbauungskraft der dort hergestellten kirchlichen Gegenstände keinen Abbruch, und schlimm wäre es auch um die Andacht aller Gläubigen bestellt, wenn sie es diesen oder jenen Figuren, vor denen sie sich in Frömmigkeit verneigen, ansehen könnten, wie profan die Bedingungen sind, unter denen die Arbeiter alle diese schönen Sachen herstellen müssen. — Bekanntlich mußte sich die Firma Schüller bei dem letzten Konflikt mit den Arbeitern einigen. Aber das hat nicht vermocht, den Wider-

willen dieses Unternehmers gegen die Arbeiterorganisation zu überwinden. Jetzt, wo die Firma sich das Lager hat füllen lassen, geht sie skrupellos gegen die Arbeiter vor. Da werden angeblich wegen Arbeitsmangel organisierte Arbeiter entlassen aber kurz darauf andere eingestellt. Andererseits aber sucht man sich einen Teil der Arbeiter dadurch zu erhalten, daß man zwei Jahre dauernde Verträge mit ihnen abschließt und durch eine eventuelle Vertragsstrafe von 90 Mt. die Arbeiter zur Innehaltung dieses Vertrages zwingt. Allem Anschein nach sind diese Verträge solche von der Art, daß sie vor einem Gericht nicht bestehen könnten. Aber es ist darum umso bedauerlicher, daß drei Kollegen sich bereit gefunden haben, diese Kontrakte zu unterzeichnen. Wir wollen daher alle übrigen Kollegen vor dem Unterzeichnen dieser Verträge warnen. Es liegt nicht im Interesse der Arbeiter, sich einseitig einer Firma gegenüber auf längere Zeit hinaus zu binden. Ferner versucht die Firma Schüller noch in anderer Weise den Arbeitern entgegen zu treten. So werden Mädchen als Malerinnen angelehrt. Natürlich nur zu dem Zweck, einmal um billiger zu arbeiten und andererseits um gegen die eventuell wieder streifen wollenden Maler ein Gegengewicht zu bilden. Seitens der Kollegen wurde die Firma ersucht, wenn Arbeitsmangel vorhanden sein sollte, beschränkt arbeiten zu lassen um dadurch die gekündigten Kollegen wenigstens so lange beschäftigen zu können, bis dieselben andere Arbeit gefunden haben. Und für die Mädchen wurde eine dreijährige Lehrzeit und darnach die gleiche Bezahlung für dieselben als wie sie die Maler erhalten, gefordert. Da das natürlich die Absichten der Firma durch kreuzen würde, lehnte dieselbe diese Vorschläge rundweg ab und gab dadurch zu, daß es sich bei ihren diesbezüglichen Maßnahmen nur um Vorstöße gegen die organisierten Arbeiter handelt. — Wir ersuchen darum alle Polichromeure und Figuristen, jeden Zuzug nach Cöln zu vermeiden.

#### Schildermaler.

**Berlin.** Der Streit der Schildermaler bei den Firmen D. Grund & Co. und Kaufmann, der von einer freilich wirkungslos gebliebenen Aussperrung seitens der Schilderfabrikanten begleitet wurde, ist nun beendet worden. Die durch den Streit und die Aussperrung arbeitslos gewordenen Kollegen sind bereits sämtlich anderwärts untergebracht, so daß der Kampf irgend welche für die Kollegen nachhaltige Folgen nicht hat. — Trotz alledem wolle man jedoch bis auf weiteres jeden Zuzug nach Berlin strengstens unterlassen und gegebenen Falles Arbeit nur durch den Arbeitsnachweis von Goeze, Wall-Strasse, annehmen.

#### Aus anderen Verbänden.

**Bergarbeiter.** In Essen hielt die Siebenerkommission neuerdings eine Sitzung ab, um in der Lohnfrage formell Beschluß zu fassen. Die Vertreter der fünf deutschen Bergarbeiterverbände, die zirka 220 000 Organisierte umfassen, beschloßen einstimmig, für sämtliche Bergbaureviere eine 15 prozentige Lohnerhöhung zu fordern. Die Verbände werden gemeinsam den Unternehmer-Organisationen und den einzelnen Bergwerkdirektionen die Forderungen unterbreiten. Den einzelnen Verbänden ist es weiter überlassen, die Arbeiterausschüsse zu veranlassen, sich der Forderung anzuschließen. — Eine Verschmelzung der bestehenden Bergarbeiter-Organisationen zu einem Verband wurde in der letzten Zeit mehrfach angeregt. Und zwar kam diese Anregung aus den Kreisen verschiedener Organisationen angehörnder Bergarbeiter. Natürlich dauerte es nicht lange, so winkten die „christlichen“ Arbeiterfreunde ab und die Wortführer des „christlichen“ Arbeiterverbandes erklärten sich strikt gegen die Vereinigung. So werden denn, so lange diese Organisationszersplitterer ein Wort mit zu reden haben, die Arbeiter durch die Teilung in mehreren Organisationen geschwächt dem immer anmaßender werdenden Unternehmertum gegenüber stehen müssen.

**Buchdrucker.** In der letzten Septemberwoche tagte in Berlin der Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker, der sich mit der Erneuerung und Erweiterung des bestehenden Tarifs zu beschäftigen hatte. Als Erfolg dieser Arbeiten berichteten die Tagesblätter: Der Tarifausschuß der deutschen Buchdrucker hat nach achtägigen Verhandlungen seine Arbeiten beendet und den deutschen Buchdrucker tarif für eine weitere fünfjährige Periode fest gesetzt. Im wesentlichen wurde in Anbetracht der in der letzten Tarifperiode eingetretenen allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung eine 10prozentige Lohnerhöhung zugestanden, während die bisherige neunstündige Arbeitszeit bestehen bleibt und nur am Sonnabend bezw. am Zahltag um eine halbe Stunde verkürzt wird. Die beiden großen Organisationen

im Buchdruckgewerbe: der Deutsche Buchdruckerverein und der Verband der deutschen Buchdruckergehilfen haben überdies einen Vertrag abgeschlossen, der die Durchführung des Tarifs gewährleistet; der Zutritt anderer größerer Organisationen ist ausdrücklich vorbehalten. — Im Anschluß an dieses Resultat der Tarifausschuß-Beratungen werden sich nun die Buchdrucker und die Arbeitgeber in ihren Versammlungen mit dem Vorschlag des Tarifausschusses zu beschäftigen haben. Größere Differenzen sind jedoch nicht voraus zu sehen.

### Vermischtes.

**Breslau.** Der Krawallprozeß hat nach siebentägiger Verhandlung vor dem Landgerichte zur Verurteilung von 38 Angeklagten geführt. Das Gericht hat Vergehen gegen § 158 der Gewerbeordnung, Beleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt, Nötigung und Aufreizung zum Aufruhr als erwiesen erachtet. Verurteilt wurden zwei Angeklagte zu je sechs Monaten Gefängnis, einer zu fünf Monaten, vier zu je drei Monaten, neun zu je zwei Monaten, fünf zu je einem Monat, vier zu je fünf Wochen, sechs zu je zwei Wochen und vier zu kleineren Gefängnis- bzw. Geldstrafen. Sieben Angeklagte wurden frei gesprochen. Gegen zwei wird nochmals verhandelt werden. Ursprünglich war bekanntlich gegen 150 Arbeiter die Voruntersuchung wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs eingeleitet. Dann mußte gegen 95 jegliche Anklage fallen gelassen werden. Der sogenannte Kaiserdelegierte Hirsch ist der einzig „Ueberlebende“ von der Anklage wegen Aufruhrs und Landfriedensbruchs, über ihn wird in der nächsten Schwurgerichtsperiode verhandelt werden. 48 Personen, darunter auch zwei Frauen und zwei Minderjährige, die sich nun wegen geringerer Staatsverbrechen zu verantworten hatten, kamen wie oben erwähnt davon. — Wir überlassen die Kritik dieses Urteils unseren Lesern, wollen aber gegenüber den fünf Jahren Gefängnis, die verhängt wurden, hervorheben, daß jener Polizist, der dem Arbeiter Biemald die Hand abhackte, noch immer unerkannt und unbestraft in demselben Breslau herum läuft, das in seinen Mauern einen so findigen Untersuchungsrichter und schneidige Polizisten birgt. — Sonderbar.

**Hamburg.** Die Schadenersatzklage der Hamburg-Amerika-Linie gegen 142 maffeiernde Schauerleute ist nun endlich vor dem hamburgischen Gewerbegericht zu Ende geführt worden. Die beklagten, fest angestellten 142 Schauerleute wurden verurteilt, jeder 18 Mk. an genannte Gesellschaft zu zahlen, in Summa also 2556 Mk., außerdem müssen sie auch die Kosten des Prozesses tragen. Die Hamburg-Amerika-Linie verlangte anfänglich 12 000 Mk., ist also mit diesem Begehren, das nur einen kleinen Teil des erlittenen Schadens ausdrücken sollte, gehörig abgefallen. Im Prinzip hat die Gesellschaft aber Recht bekommen.

**Magdeburg.** Gegen 23 Angeklagte, die des Landfriedensbruchs und Aufruhrs beschuldigt sind, verhandelte am 28. und 29. September das magdeburger Schwurgericht. Achtzehn der Angeklagten sind Kutscher, je zwei Bauarbeiter und Arbeiter und ein Malergehilfe. Die Angeklagten sollen die Straftaten gelegentlich des Kutscherstreiks, der Ende März d. Js. ausbrach, begangen haben. Der Fuhrherr Kraushaar hatte vier arbeitswillige Polen eingestellt, die er am 12. April auf seinem im Stadtteil Neustadt belegenen Acker beschäftigte. Als sich die Arbeitswilligen nachmittags gegen 2 Uhr mit zwei Fuhrwerken an ihre Arbeit begaben, folgten etwa 20 bis 30 streikende Kutscher den beiden Wagen bis an die Grenze des am Fahrdamm liegenden Ackerstücks. Den Streikenden gesellten sich allgemach mehr Menschen zu, besonders Frauen und Kinder, so daß die Menge etwa 150 Köpfe zählen mochte. Gegen die Polen und gegen Kraushaar und seinen erkrankten Sohn, die sich mittlerweile auch auf dem Acker eingefunden hatten, sollen nun aus der Menge heraus Drohungen und Schimpfworte laut geworden sein. Auf Anstiftung eines Streikenden sollen dann Schulkinder die auf dem Acker befindlichen Personen mit Steinen beworfen haben. Ein anderer Streikender soll die Kinder zum Werfen weiter ermutigt haben, indem er Bonbons an sie verteilte. Daß die Angeklagten sich selbst an den Steinwürfen beteiligten, hat nicht festgestellt werden können. Die Angeklagten sollen sich aber neben einander am Rande des Grundstückes aufgestellt haben, damit die werfenden Kinder hinter ihnen Deckung fanden. Auf Veranlassung des zum Schutze der polnischen Arbeiter bei dem Acker aufgestellten Schutzmanssdoppelposten wurde gegen 3 Uhr ein großes Schutzmanssaufgebot herbeigerufen, das die Menge „aus einander trieb“. Die 23 Angeklagten wurden bald als Teilnehmer an der „Zusammenrottung“ ermittelt. Sie bestritten alle, sich schuldig gemacht zu haben und wollten größtenteils aus Neugierde sich bei der Menge aufgehalten

haben. Fünf der Angeklagten wurden zu je 3, 6 oder 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Alle übrigen Angeklagten wurden frei gesprochen. — Jedenfalls wurde auch hier ein an sich harmloser Vorgang zu einer Staatsaktion auf gebauscht und trafehlenden Studenten gegenüber hätte man von vornherein die Sache milder betrachtet und vor allen Dingen das provozierende Polizeiaufgebot unterlassen.

**Unternehmergewinne.** Ein weiterer Beweis, welche Gewinne die Aktionäre aus der Arbeit der Nichtbesitzenden gewinnen, liefert nach stehende Zeilen: Die Dividende der Nähmaschinenfabrik Karlsruhe soll für das letzte Jahr 17 pCt. betragen, 1 Prozent mehr als im Vorjahre. Die Kraftfahrzeugfabrik A.-G. Berlin hat eine Dividende von 12 pCt. in Aussicht genommen. Wiederum 12 1/2 pCt. bringen die Vereinigten Pinselabriken Nürnberg zur Verteilung. Von 6 auf 8 pCt. erhöhte sich die Dividende der Bleistiftfabrik vorm. Joh. Faber A.-G. Der Aufsichtsrat der Görlitzer Maschinenfabrik beantragt, 8 pCt. Dividende aus zu schütten, gegen 5 pCt. im Vorjahre. Die Viktoriawerke Nürnberg wollen diesmal 8 pCt. Dividende heraus bringen, im Vorjahre betrug die Dividende 6 pCt. Die Aktionäre der Gladbacher Wollindustrie erhalten für das letzte Jahr 14 pCt., im Vorjahre betrug die Dividende 12 pCt. Von 7 auf 8 pCt. stieg die Dividende der Süddeutschen Draht-Industrie Akt.-Ges. in Mannheim-Waldhof. Die Tonindustrie A.-G. in Frechen bei Köln gibt 15 pCt. gegen 12 pCt. für 1904-05. Die Papierinhaber der Fabrik für Eisenindustrie A.-G. in Harpe, die im Vorjahre keine Dividende erhielten, bekommen diesmal 8 pCt. Eine Dividende in gleicher Höhe wie im Vorjahre, 14 pCt., wirft der Eschweiler Bergwerksverein ab.

## Feuilleton.

### Eine Heldin.

(Ein Dokument über die russische Revolution.)

Ich, Mitglied der sozialrevolutionären Partei, gegenwärtig Mitglied der fliegenden Kampfabteilung des nördlichen Gebiets der sozialrevolutionären Partei, habe General Minn getötet. Die Gründe, die mich zu dieser Tat getrieben haben, sind die folgenden: Ich denke, alle sind der Dezembertage in Moskau eingedenk, wo Minn und Riemann so handelten, als ob es ein feindliches Land wäre. Ich werde nicht viel darüber sprechen. Ueber diese Ereignisse ist viel gesprochen worden, viel in Zeitungen und Zeitschriften gedruckt, es gibt speziell darüber verfaßte Bücher. Die Toten in Moskau wurden zu Hunderten gezählt. Wofür, fragt man sich, mordete man das moskauer Volk? Weil das in Unwissenheit und Glend gequälte, das durch das Loosspitzelmanifest Nikolaus des Zweiten, durch die ganze Loosspitzelpolitik der Regierung betrogene Arbeitervolk die Fahne des Aufruhrs gegen seine Jahrhunderte lang herrschenden Bedrücker und Peiniger erhoben hat.

Ich habe Minn getötet, als den Mörder der Kämpfer, die sich für die Freiheit erhoben hatten, als den Mörder jener Unschuldigen, deren Blut die Straßen Moskaus begossen hat. In der Friedenszeit beschäftigte sich Minn mit der Erziehung der Soldaten. Er bemühte sich, die Soldaten zu beeinflussen, in ihnen das Gefühl der slavischen Ergebenheit und des tierischen Gehorsams gegenüber der verbrecherischen Regierung groß zu ziehen. Auf diese Weise fuhr er fort, die künftigen Vatermörder und Brudermörder zu erziehen. Ich habe Minn getötet, als den Führer des Semenowstregiments, den Erzieher von Bauern — seinen Soldaten — in dem Geiste aktiver Feindseligkeit gegen die Freiheitsbewegung. Nikolaus II., nach dem Vorbilde Zwans des Schrecklichen, hat sich mit Opritschniks umgeben. Die Minns von Moskau, Orel, von den Ostseeprovinzen, die Trepows, die Progrommänner umringen den Thron. Die Hände eines jeden unter ihnen sind mit Volksblut getötet. Indem ich einen Romanow-Opritschnik tötete, will ich den Romanow selbst daran erinnern, daß, so wie die Stützen seines Thrones nach einander fallen, so auch der Thron selbst fallen kann. Während der Verhöre fragte man mich, wer uns das Recht zum Töten gegeben hat. Als Mitglied der sozialrevolutionären Partei werde ich das selbe sagen, was meine Genossen geantwortet haben: Die Partei hat beschlossen, auf den weißen Terror der Regierung mit dem roten Terror zu antworten. Der Terror der Partei ist von der Regierung ihr auf gezwungen, der Terror der Partei ist von der Regierung geschaffen. Als ein Kind des Volkes (ich bin von keinem brillanten Ursprung — der Vater ein Soldat, die Mutter eine Bäuerin) werde ich Euch meinerseits in der Sprache dieses Volkes fragen: Wer hat Euch das Recht gegeben, uns jahrhundertlang in Unwissenheit, Glend verschmachten zu lassen, in Gefäng-

nissen eingeschlossen zu halten, nach Sibirien zu verbannen, in die Zwangsarbeit zu verschicken, truppweise zu hängen und zu erschließen und Hunderte zu morden? Wer hat Euch das Recht gegeben? Ihr habt es Euch gewaltsam angeeignet, nach dem Recht des Stärkeren, Ihr habt es mit den von Euch erfundenen Gesetzen sanktioniert, die Popen haben Euch dies Recht heilig gemacht. Aber jetzt schreitet ein neues Recht, ein Volksrecht, vorwärts, und es ist zweifelsohne gerechter als Euer unmenschliches Recht. Diesem Zukunftsrecht habt Ihr den Krieg erklärt, einen Krieg auf Leben und Tod. Ihr wißt sehr gut, daß mit dem Untergang Eures unmenschlichen Rechts gleichzeitig Ihr auch untergehen werdet. Und wir, die aus dem Volke heraus gegangen sind, wir, die Kämpfer für die Freiheit des Volkes, wir finden in uns selbst die Kraft und das Recht gegen Euch, Vertreter des Absolutismus und der bürokratischen Willkür, zu kämpfen, mit der Waffe in der Hand, für unser neues künftiges Volksrecht!

Ich werde ein wenig meine Lebensgeschichte berühren. Nach Absolvierung des Lehrerinnenseminars wurde ich sofort in einen der entlegensten Winkel Sibiriens geschickt, zu den Esthen, in eine Regierungsschule. Die Regierung bemühte sich damals, so wie jetzt, um die Russifizierung der Ostseeprovinzen, und zu diesem Zweck wurden die Regierungsschulen errichtet und nur russische Lehrer und Lehrerinnen dahin entsandt, damit der Unterricht ausschließlich russisch geschieht. Die Gegend, wo ich tätig war, war wenig anziehend: von drei Seiten Wald, von der vierten der See Weinjä. Es war ein trauriges Bild, ewige Tannen und Espen. Das Elend der Bevölkerung war entsetzlich. Sie hatten kein Land. Sie waren ohne Land befreit worden. Es gehörte das ganze Land den Ostseebaronen und dem Fiskus. Die Bevölkerung lebte vom Fischfang. Ich bin selbst im Elend aufgewachsen, ihre Armut war kein Wunder für mich. Was mich aber wunderte, war dies: Wie kann man so leben ohne Kampf für eine bessere Zukunft, ohne einen einzigen Sonnenstrahl vor sich in die Ferne, ohne daß irgendwo Licht durchschimmert auf dem düsteren Horizont? Aber außerhalb der Schule konnte ich nicht tätig sein, weil ich nicht esthnisch sprach. Innerhalb der Schule war es mir schwer, nicht körperlich, sondern moralisch. Der ganze Unterricht mußte russisch geschehen. Es war schwer zu ertragen, wenn ich sah, wie ein Kind, ein Schüler, auf meine Forderung russisch zu sprechen, mit kläglichen und hilflosen Augen mich ansah: Weshalb darf ich nicht zwischen diesen Wänden in meiner Muttersprache reden? konnte ich aus den Augen herauslesen. Es war mir schwer, als in den älteren Klassen 17- und 18jährige Jünglinge, ohne ihre eigene tatenreiche Volksgeschichte zu kennen, mir von den Kämpfen des Nuriengeschlechtes und des Oleggeschlechtes zur Zeit der Teilsfürstentümer erzählten. Dadurch will ich nicht sagen, daß ein Volk, das die intime Berührung mit einem andern wünschenswert findet, dessen Sprache und Geschichte nicht lernen sollte. Durch eine solche Russifizierung wird die Volkskultur für längere Zeit zum Stillstand gebracht.

Nachdem ich ein Jahr da tätig gewesen war, wurde ich in eine russische Gegend versetzt, in eine Semstwo-Schule, im Kreis Peterhof, Gouvernement St. Petersburg. Hier war es so: Vor der Schule lebte ein Gendarm, hinter der Schule ein Polizeiwachmann, auf dem benachbarten Berg der Pope, neben ihm der Kantor, und alle vier schrieben Denunziationen gegen mich. Falls ich unschuldige Vorlesungen für das Volk errichtete, denunzierte der Kantor dem Schulinspektor, die Lehrerin beschäftigte sich mit Erklärungen und Unterweisungen, die den Schulaufgaben fremd sind. Der Pope schreibt seinen Vorgesetzten, die Lehrerin verbreite neue Sekten, Volksostrakismus, sie verderbe die Jugend. Falls ich mich um ein Volkstheater bemühe, erscheinen mit ihren Denunziationen der Wachmann und der Gendarm. Dies geschah alles in der Nähe von Petersburg, 50 Werst davon entfernt, und vor etwa fünf Jahren. Infolge der Denunziationen beriefen mich einmal der Inspektor, das andere Mal der Schulrat, bisweilen der Gouverneur zu sich. Nachdem ich 2 1/2 Jahre in diesem Dorfe tätig gewesen war, warf mich der Schulrat hinaus. Ich verließ diese Laufbahn ohne großen Kummer; unter dem Einfluß der Beripetien meines Lebens überzeugte ich mich von folgendem: Ich kann nicht dem Volke von meinen spärlichen Kenntnissen etwas mitteilen, ich kann ihm nicht auf seine Lage die Augen richten, ich kann ihm nicht auf die wahren Ursachen seines Elends hindeuten. Ich sah ein, daß es dabei an eine harmonische Entwicklung des Geistes und des Körpers der Menschen, wie uns die Pädagogik lehrt, nicht zu denken war. Ich sah ein, daß zuerst solche Verhältnisse geschaffen werden sollen, bei welchen man an die allseitige Entwicklung des Menschen denken könnte. Ich sah die Notwendigkeit ein, gegen die absolutistische Tyrannei der Regierung, gegen den Despotismus zu kämpfen. Und ich wurde eine Revolutionärin.

Bald nachdem ich entlassen worden war, wurde ich verhaftet. Man behielt mich in Haft — im Untersuchungsgefängnis und in der Festung — insgesamt ein Jahr, dann ließ man mich frei, nach zwei Wochen verhaftete man mich wieder, und noch acht Monate behielt man mich in Haft. Nach der zweiten Freilassung floh ich ins Ausland. Im Auslande und nach meiner Rückkehr in Rußland war ich als Mitglied der sozialrevolutionären Partei tätig. Unter dem Einfluß des Gefängnisses und der Regierungsverfolgungen erstarkte in mir der revolutionäre Geist. Ich sah aber ein, daß wenn der Zar kein Tyrann und kein Despot ist, er ein Werkzeug für die Knechtung seines Volkes ist. Regieren, vom russischen Standpunkt, das bedeutet plündern, niederbrennen, morden. Die Geschichte des russischen Volkes ist eine einzige Bluterzählung. Ich sah aber ein, daß der ganze absolutistisch-bürokratische Ueberbau sich durch die Gewalt seitens der Behörden, durch den ewigen weißen Terror seitens der am Staatsbruder Stehenden aufrecht erhält. Und durch das Leben selbst bin ich zu der Ueberzeugung gekommen: Nichts neues kann geschaffen werden, ohne daß es das Alte zerstören werde. Obgleich Ideen auf Bajonetten nicht zu fangen sind, so sind doch mit Ideen allein die Bajonette nicht beiseite zu schaffen. Und ich wurde eine Terroristin.

Das absolutistisch-bürokratische Regime ist in seinen letzten Atemzügen. Schon seine Niederlagen während des japanischen Krieges haben gezeigt, daß sein Bild zu Ende ist. Der Oktoberstreik hat die Regierung erschreckt. Um irgendwie Ruhe zu schaffen, erklärte die Regierung, sie würde dem Lande Freiheit schenken. Dabei gab sie mit der einen Hand Freiheit, mit der andern schickte sie Strafexpeditionen in die Dörfer, veranstaltete Progroms in den Städten. Diese eigentümliche Freiheitsperiode dauerte kaum einen Monat. Wieder hingen wie bleischwere Wolken Repressionen über dem Lande. Das Volk beruhigte sich nicht. Die Regierung beschloß, um die verfaulten Grundpfeiler des Staats zu unterstützen, die Duma ein zu berufen. Weder die Organisation der Schwarzen Bänder, noch die andern Kunststücke und Machinationen haben es vermocht, eine konservative Duma zustande zu bringen. Die Duma war eine liberale. Einige Zeit duldete die Regierung die Angriffe der Duma; schimpfen bringt keinen Schaden; aber der Kelch wurde überfüllt; da entschlossen sich die Volksvertreter, sich mit einem hoch wichtigen Akt, dem Aufruf um die Enteignung der Privatgüter, an das Volk zu wenden. Die Eigentümer schrien auf, die am Staatsbruder Stehenden regten sich auf — die Duma wurde aufgelöst.

Jetzt erleben wir wieder eine Unterdrückungsperiode. Aber alle Bemühungen der Regierung sind umsonst. Weder Repressivmaßnahmen, noch Verhaftungen, noch Gefängnishaft, noch Verschickung, noch Zwangsarbeit, noch Galgen, noch Niederschießen, noch Strafexpeditionen, noch Progroms — nichts wird der Volksbewegung zum Stehen bringen.

Ihr werdet mich zum Tode verurteilen. Ob ich am Galgen, oder in der Zwangsarbeit, oder innerhalb einer Folterkammer sterbe, jedenfalls werde ich mit dem einen Gedanken sterben: Leb wohl, mein Volk, so wenig konnte ich dir geben, bloß mein Leben allein!! Und ich werde mit vollem Glauben daran sterben, daß bald die Tage kommen, „wo der Thron wankt und fällt, und über der großen russischen Ebene hell die Sonne der Freiheit aufgeht!“

Petri-Pauli-Festung, 7. September 1909.

Sinaida Konopljannikowa.

## Versammlungsberichte etc.

n. Cöln. Die Versammlung vom 25. September befaßte sich hauptsächlich mit den jüngsten Vorkommnissen bei der Firma Schüller. Der Vorsitzende gab eine kurze Darstellung über die Maßregelung des Kollegen Deutsch. In der Sache fanden verschiedene Personal-Versammlungen statt. Der gewählten Kommission wurde keine Gelegenheit zum Verhandeln gegeben, desgleichen blieb ein Schreiben unbeantwortet. Die stets zum Umfallen bereiten Tonrejoucheure glaubten daraufhin ihren Austritt aus dem Verband erklären zu müssen. Letzten Herzens scheint der Firma Schüller bei der Angelegenheit doch nicht zu sein, jedenfalls hatte sie schon mit einer Arbeitseinstellung gerechnet, daß sie sich dazu herbei ließ und im Geheimen mit drei organisierten Kollegen einen Kontrakt auf 2 Jahre abschloß. Das letztere beweist uns wieder aufs Neue, daß nur durch eine einheitliche geschlossene Organisation unsere Interessen mit Nachdruck vertreten werden können. In der anschließenden Diskussion wurde das unkollegiale Verhalten der 3 Kollegen scharf gerügt. Da der Kontrakt nach Ansicht der Versammlung gegen die guten Sitten verstößt, so soll versucht werden, denselben rückgängig zu machen.

w. Katzhütte. Die am 21. September abgehaltene Versammlung der Zahlstelle Raghütte war trotz des denkbar ungünstigsten Wetters von über 200 Mitgliedern — darunter viele Mädchen — besucht. Man sieht, daß es den Leuten, welche mit ungeteilter Aufmerksamkeit der Ansprache des anwesenden Gauleiters Hoffmann-Flmenau folgten, heiliger Ernst mit ihrer Organisation ist. Redner behandelte in längerer Ausführung insbesondere die Lage der hiesigen Porzellanarbeiter, indem er auf die

Notwendigkeit einer baldigen Aufbesserung derselben hinwies, was nur durch die Organisation zu erreichen sei. Der brausende Beifall, welcher dem Vortragenden nach dem Schlusswort zu teil wurde und eine Menge vorliegender neuer Anmeldungen bewiesen, daß die zu Herzen gehenden Worte des Genossen Hoffmann auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

**Sitzendorf.** Einen recht schönen Verlauf nahm das am 30. September hier stattgefundene Stiftungsfest des Porzellanarbeiter-Verbandes. Die Zahl der Teilnehmer am Feste war eine recht stattliche. Die Festrede sollte Gauleiter Emil Hoffmann halten, der aber die Rechnung ohne den Waidmann gemacht hatte. Raum hatte der Redner einiges gesprochen über die Entziehung der Zahlstelle, so wurde ihm das Weiterreden durch den Gen darm Rathel in Schwarzburg verboten. Und was war der Grund zu dieser Maßnahme? Es seien Minderjährige unter den Festteilnehmern und müsse die Veranstaltung als eine — öffentliche Volksversammlung angesehen werden. Daß die Entrüstung über das Vorgehen des Gen darmen allgemein war, brauchen wir gar nicht erst zu betonen. Eine Beschwerde an das Landratsamt wird nicht ausbleiben. Alles das schafft uns Wasser auf unsere Mühlen: die gewerkschaftliche Organisation wird auch in unserem Orte immer mehr erstarken. Mit Genugtuung können wir mitteilen, daß hier bereits alle Former dem Verbands begetreten sind.

**Vohenstrauß.** Die am 22. September statt gehabte Versammlung war nur sehr schwach besucht. Es muß anscheinend immer ein Differenzfall vorliegen, um einer großen Anzahl hiesiger Kollegen Veranlassung zu geben, anwesend zu sein. Mitzutellen ist, daß sich die letzten Differenzen erledigt haben. Für die Dreher mit dem Ergebnis, daß, um den Massenmangel ab zu helfen, ein paar Mann fort gehen sollen. Die Plätze werden nicht besetzt. Der Bericht von der letzten Agitationsfahrt erledigt sich ohne Debatte. Auch machten sich wieder einige Wahlen nötig, wie Schriftführer, Vertrauensmann, Beschwerdekommision und Unterkassierer. Sodann gaben wieder einige Vorkommnisse in der Malerei Anlaß zu einer Diskussion. Besondere Klage wird darüber geführt, daß man den Malern nicht gestattet, abends gelegentlich einige Minuten früher die Arbeit zu verlassen. Den anderen Arbeitern wird in dieser Beziehung ein Hindernis nicht in den Weg gelegt. Für ein krankes Mitglied in Wunsiedel wurde der Betrag von 19,80 Mk. gesammelt.

### Adressen-Nachtrag.

Berlin III. Rff.: N. Buchholz Mittenwalder-Straße 45 v. 3 Tr.  
 Fraureuth. Schf.: Hubert Sigel.  
 Piesau. Vf.: Heinrich Müller, F.  
 Sonneberg. Rff.: Ernst Heumann, Bettelheckerstr. 59.

### Versammlungskalender.

Im eigenen Interesse aller unserer Mitglieder wird darauf hin gewiesen, daß es die Pflicht einer jeden Kollegin und eines jedes Kollegen ist, die von ihren Zahlstellen anberaumten Versammlungen pünktlich zu besuchen.

**Althaldensleben.** Abschluß am 21. Oktober. Alle Bibliotheksbücher bis zum 25. Oktober abgeben.  
**Amberg.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 Uhr, auf der Alm. Lohnstatistiken mit bringen.  
**Annaburg.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Boeck.  
**Bayreuth.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 Uhr, bei Genossen Feulner.  
**Berlin-Moabit.** Montag, 15. Oktober, 8 1/2 Uhr, Buttligstr. 10.  
**Berlin II.** Sonnabend, 20. Oktober im Gewerkschaftshaus Engelufer 15.  
**Blankenhain.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Ratskeller.  
**Breslau.** Sonntag, 14. Oktober, morgens 10 1/2 Uhr, im Restaurant „zum Fühlen Strand der Oder“.  
**Charlottenburg.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 3. Vortrag über „Partei und Gewerkschaft“ vom Genossen Flemming.  
**Eisenberg.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Gambrius.  
**Gotha.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 1/2 Uhr, in der Erholung.  
**Gräfenroda.** Sonntag, 21. Oktober, nachmittags 3 Uhr, bei Wächter. Lohnstatistiken und Bibliotheksbücher mit bringen.  
**Grossbreitenbach.** Montag, 15. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Rathaus. Lohnstatistiken vor zeigen.  
**Höhr.** Sonntag, 14. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im Vogelfang.  
**Hättengrund.** Abschluß 14. Oktober.  
**Hättensteinaeh.** Abschluß 21. Oktober.  
**Ilmenau.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 1/2 Uhr, zur „Kriemhild“. Die mit der Agitation betrauten Genossen werden aufgefordert, in dieser Versammlung vollständig zu erscheinen und Bericht zu erstatten.  
**Kahla.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 Uhr, im „Thür. Hof“ i. L. h. Schütz.  
**Leipzig.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 1/2 Uhr, in „Volks- u. s. w.“ Reiterstr. 32. Abschluß 14. Oktober.  
**Magdeburg.** Sonnabend, 14. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Küster, Fabrikstr. 5-6.  
**Mitterteich.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 Uhr, im „Bayr. Hof“.  
**Nürnberg.** Sonntag, 14. Oktober, Rekruten-Abschiedsfest im Marktorfeller (Webersplatz).  
**Piesau.** Sonnabend, 20. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Hugo Lange. Abschluß 21. Oktober.  
**Oberhausen.** Sonnabend, 13. Oktober, 8 Uhr, im Vereinslokal b. Kircher.  
**Rosslau.** Montag, 15. Oktober, in der „Goldenen Krone“.  
**Rudolstadt-Volkstedt.** Sonnabend 13. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Burgkeller. Abschluß.  
**Unterpörlitz.** Sonnabend, 20. Oktober im Gasthaus zum Stern.  
**Unterweissbach.** Montag, 15. Oktober, 8 Uhr, im Gasthof zum Richten. Gen. Emil Hoffmann ist anwesend.  
**Waltershausen.** Abschluß 20. Oktober.

### Arbeitsmarkt.

Inserate kostenlos. Bei Offerten auf Chiffre muß Porto bei gelegt werden, da sonst die Weiterbeförderung nicht erfolgen kann.

**Maler** für Emaillemalerei für sofort gesucht. Eisenwerk Herborn (Wiesbaden).

**Terracottamaler** für sofort gesucht. Hartwig & Enders Dörnfeld bei Königsee (Thür.)

**Emailliermaler, Drucker** tüchtig in aufgelegten Decors, und ein wert Dänemarks gesucht. Hoher Lohn zugesichert. Reisegeld wird vergütet. Hubert Haupt, Obermaler, Kopenhagen, Ornedes Nr. 12.

**Galanteriemaler,** flott in Schrift und Blumen, sucht baldigt Stellung. Offert. erb. unter D. N. 40.

**Modelleinrichter,** der auch Abgießen und Formgießen herstellt, sucht dauernde und lohnende Stellung. Offerten unter 1000 A. 3.

**3 Maler,** tüchtig in allen vorkommenden Arbeiten der Porzellan- und Emailleindustrie, suchen dauernde und angenehme Stellung. Offerten erbeten unter M. W. an die Exped. der „Ameise“.

**Grossdreher** (Oberdreher) einer berliner Porzellanfabrik für technische Artikel, sucht gleiche Stellung. Derselbe ist bewandert auf Hohl- und Flachgeschirr und in der Geschirrbrennerei. Offerten unter P. E. erbeten.

**Hornberg.** Kollegen, welche gesonnen sind, hier Arbeit zu nehmen, mögen sich in ihrem eigenen Interesse zuerst bei der Zahlstellenverwaltung über hiesige Arbeitsverhältnisse erkundigen.

## ANZEIGEN.

**Fraureuth.** Unterstützung an durchreisende Kollegen zahle ich in meiner Wohnung, mittags von 12—1 und abends von 6 Uhr ab aus. Der Kassierer.

**III. Kunstabend der Zahlstellen Berlin II u. III** Sonntag, 21. Oktober, im Gewerkschaftshaus, (großer Saal). Anfang 5 1/2 Uhr. Nach dem Konzert Ball. Billets sind zu haben bei Freiesleben und Buchholz. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen und Billets um zu legen. [1,50 Mk.]

**Dresden.** Sonnabend, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Volkshaus, Maxstr. 13. Tagesordnung: 1. Vom Leben zum Tode, naturwissenschaftlicher Vortrag. Redakteur Düwell. 2. Gewerkschaftliches. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Der Einberufer.

### Geschäfts-Anzeigen etc.

Für Privatanzeigen beträgt der Preis der 2gespaltenen Zeile oder deren Raum 30 Pfennige. Vorauszahlung ist Bedingung.

**Goldschmiere,** Goldflaschen und alle goldhaltigen Sachen reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtkim in Thüringen**

**Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen Pinsel, Paletten, Flaschen, Nöpfe u. s. w.** werden ausgehmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 80 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-A., Snelienaustr. 6.

**Goldschmiere, verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen** kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung **Emil Böhme, Eisenberg S.-A.** Man verlange Prospekt. Aeltestes Geschäft dieser Art.

**Staubgold \* Goldwatte \* Glanzgold**

und alle in der Vergoldung vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Preisen **S. Salomon, Berlin C., Schillingstraße 21/22, Ecke Kaiserstraße.** Alle Sendungen und Aufträge werden postwendend erledigt.

**Goldschmiere u. alle goldhaltig. Sachen** kauft zu höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung (Preisliste frei) **Otto Seifert, Zwickau in Sachsen, Osterwehstr. 18.**

**Alle goldhaltigen Sachen** kauft bei reeller Bedienung zu den höchsten Preisen **Franz Karl, Niederplanitz b. Zwickau in Sachsen.**

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verwand. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion und Verlag: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Rosinenstr. 3. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 69.